



Gorleben Rundschau

November / Dezember 2013 • # 1014 / 1015

Standortauswahlgesetz

Gorleben wiegt schwer

Still und leise

Atommülltransporte ins Wendland

Endlagerkommission

Zwei leere Stühle?



Neue Zeit – neues Kleid

Immer öfter werde ich außerhalb des Wendlands angesprochen: „Na, bei Euch ist es doch jetzt richtig ruhig. Gorleben und Castor-Demos sind doch vorbei.“ Für die Leute ist das keine Frage, sondern eine Feststellung.

Nein, vorbei ist nichts. Im Gegenteil, der Wandel ist zu spüren, auch wenn er noch nicht gestaltet und der Ausgang ungewiss ist.

Ohne die Demo-Berichte aus Lüchow-Dannenberg gerät die Notwendigkeit, das Wendland mit seinen Menschen als die Stellvertreter für den ungelösten Konflikt um die Atommüllproblematik und die Nutzung der Atomenergie insgesamt wahrzunehmen, aus dem Auge und auch aus dem Sinn.

Die hier erstrittene, erlittene Kompetenz und Reputation braucht ein Diskursmedium und ein Sprachrohr in einem angemessenen Gewand. So wünschte ich, dass es der Gorleben Rundschau (GR) gelänge, Kompetenzen lebendig und übertragbar aufzuarbeiten, sodass sie auch anderswo dem Frieden im Widerstand dienen.

Jede Gemeinde braucht einen Gemeindebrief. Denn das ist die GR ja eigentlich: ein „Gemeindebrief für die Widerstandsgemeinde“. Ein vertrautes Stück der gemeinsamen Standortbestimmung in sich wandelnden Zeiten, ein Verabredungsblatt, ein Nachrichtenrundbrief für die wichtigsten Treffen und Aktionen war die GR immer schon. Und mit den Jahren kamen die Nachrichten „Wir nehmen Abschied von ...“ dazu. Man ist sich untereinander nicht egal. Das zeichnet eine Gemeinschaft aus.

„Der Widerstand ist erwachsen geworden“, so höre ich es und sehe es auch, die GR hat nun nachgezogen. Gutes Gelingen und das richtige Maß an Menschenfreundlichkeit im Streiten um die Sache wünsche ich dazu.

Stephan Wichert-von Holten
Propst

GRUSSWORT





Liebe Leserinnen und Leser,

es war Wahl, aber hat Deutschland gewählt? Was bedeutet das Ergebnis für Atomausstieg, Energiewende und Endlagersuche? Bei Redaktionsschluss stand eine Regierungskoalition noch nicht und so muss die Frage fürs erste unbeantwortet bleiben. Eines aber ist klar: Die Bund-Länder-Kommission zur Endlagerung wird ihren bisherigen ehrgeizigen Zeitplan schwerlich einhalten können: Während sie noch über das weitere Vorgehen rätselt, wird schon 2014 ein neues „Bundesamt für kerntechnische Entsorgung“ seine Arbeit aufnehmen und Fakten schaffen. Parallel hat das Forschungsministerium die Wissenschaftsplattform „ENTRIA“ gestartet, die Analysen und Bewertungsgrundlagen für verschiedene Entsorgungsoptionen aber erst in vielen Jahren liefern kann.

Warum vor diesem Hintergrund die maßgeblichen Umweltverbände nicht als Feigenblatt für eine verfehlte Politik erhalten können, legt ab Seite 12 Jan Becker dar.

Während zwar keine Castortransporte mehr nach Gorleben durchgeführt werden sollen, rollen nun heimlich Transporte mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall aus AKWs ins Wendland. Diese Praxis bestätigt den Verdacht der BI, dass Gorleben weiter zur Drehscheibe für alle Arten Strahlenmüll ausgebaut wird. Wie dabei die verschiedenen Elemente sorgloser Entsorgung ineinander greifen, der Atomindustrie fette Gewinne garantieren und Gorleben als Standort zementieren, beschreiben Maren Köster und Wolfgang Ehmke ab Seite 4.

Seit über 30 Jahren bestätigen sogar Gutachten der Gegenseite unsere Positionen, nach unzähligen Aktionen und

staatlichen Fehlgriffen bestätigen Gerichte immer wieder unsere Rechte. Auch in Zukunft werden wir daher für Gegeninformation und Protest dringend gefordert sein, denn die putzmuntere Atomindustrie rückt uns die Gorlebener Rinne zwar mit Hilfe der Politik aus den Augen, schlägt sich ein Endlager dort aber mitnichten aus dem Sinn.

In unserem jahrzehntealten gemeinsamen Widerstand gegen Interessen aus Politik und Energiewirtschaft sind es immer wieder Eure Solidarität und Hilfsbereitschaft, Spenden und tatkräftige Mitarbeit von WendländerInnen und internationalen Freunden, die Schlimmeres verhindern und die Wahrheit ans Licht bringen.

Für Euer Interesse, Eure Unterstützung und die vielen gelungenen Aktionen in diesem Hochwasser-Jahr dankt euch das Team der BI.

Martin Donat, Vorsitzender der BI

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Anschrift: Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Verantwortliche Redakteure:
Andreas Conradt, Torsten Koopmann
(Anschrift wie oben)
Redaktion: Jan Becker, Andreas Conradt, Wolfgang Ehmke, Marianne Fritzen, Torsten Koopmann, Anja Meyer, Gabi Haas, Knut Hose, Günter Hermeyer

Gestaltung: Andrea Hagen
Lektorat: Franziska Behn

Druck: Buchdruckerei Otto Dennstedt,
Lange Straße 29, 29451 Dannenberg
Auflage: 4400, gedruckt auf Recyclingpapier
Cyclus Print

Die Gorleben Rundschau ist eines der wichtigsten Werkzeuge zur Verbreitung unserer Nachrichten. Aber ihre Erstellung kostet auch viel Geld. Bitte spendet:
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
Konto: 0044060721, BLZ: 258 501 10

Wenn die Zusendung der Gorleben Rundschau künftig nicht mehr erwünscht ist, bitten wir Euch um Nachricht:
Tel.: 05841 - 4684 oder
service@gorleben-rundschau.de

Allerlei weiterführende Links zu Artikeln in der Gorleben Rundschau gibt es auf unserer Website: www.gorleben-rundschau.de/links



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel



BI.Luechow.Dannenberg.e.V



@gorleben



Bi LuechowDannenberg



Website-News per RSS

Leserbriefe veröffentlichen wir auf unserer Website: www.gorleben-rundschau.de. Dort könnt Ihr auch Lob, Kritik und Anregungen posten.

GORLEBEN WIEGT SCHWER!

Mit einem klaren Votum gegen Gorleben als nukleares Endlager schloss die Erklärung von SPD, Grünen und Linken im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben. Die Verfahrenstricks und die geologischen Defizite ließen nur den Schluss zu, dass Gorleben „deligitimiert“ sei. Das neue Standortauswahlgesetz (StandAG) fand dennoch die Zustimmung durch SPD und Grüne. Gorleben wird als einziger möglicher Standort gesetzt, obwohl gerade die 35 Jahre Lug und Trug um den Salzstock der Auslöser für den angeblichen Neustart der Endlagersuche für „insbesondere wärmeentwickelnde Abfälle“ sein sollte. Auf diesen Seiten haben wir zusammengestellt, was Gorleben trotz dem Wissen um die Nichteignung zum Favoriten macht.

Planfeststellungsantrag 1977

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) – die Vorläuferbehörde des Bundesamtes für Strahlenschutz – stellte im Juli 1977 den Antrag in Gorleben als Teil eines nuklearen Entsorgungszentrums mit Wiederaufarbeitungsanlage und Brennelementefabrik ein Endlager zu errichten. Das atomrechtliche Verfahren wurde nie eröffnet, aber die Landesbehörden fertigten bis 2010 Jahresberichte an und schufen eine Aktenlage pro Gorleben. Der Bund als Antragsteller weigert sich, diesen Antrag zurückzuziehen, das Land Niedersachsen hat ihn nicht zurückgewiesen.

Rahmenbetriebsplan 1983

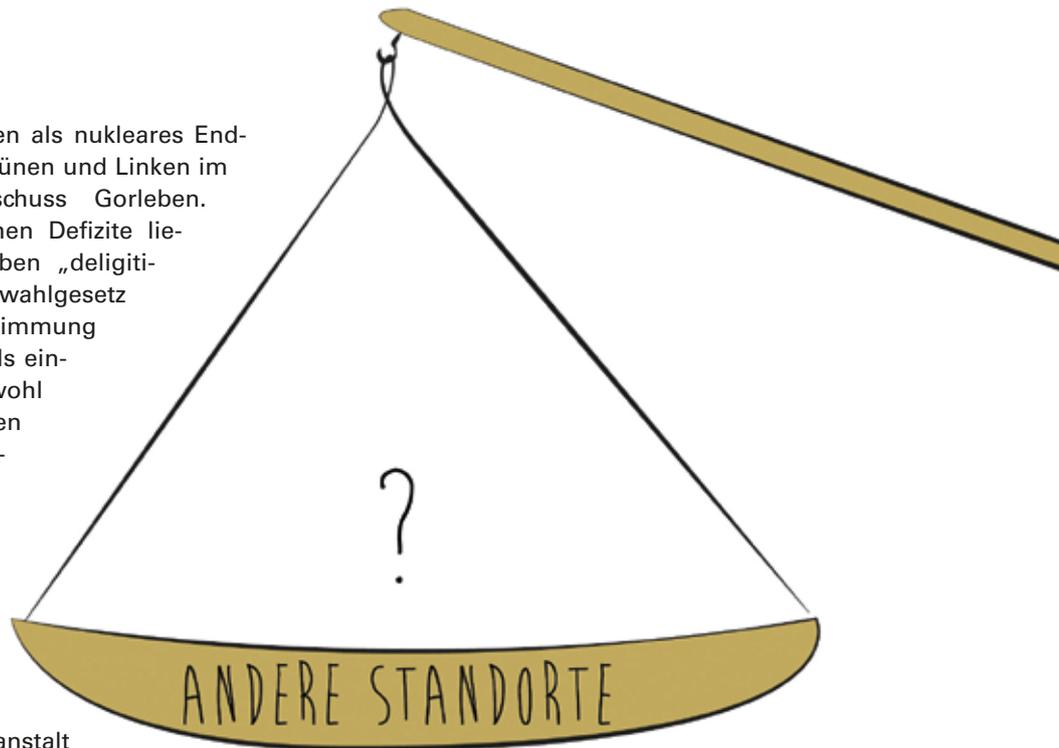
Der Ausbau des „Erkundungsbergwerks“ folgte nicht auf der Basis des Atomrechts und mithin ohne Öffentlichkeitsbeteiligung und Klagerechten. Stattdessen wurde auf der Basis des Bergrechts vollzogen. Der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel hat jetzt die Genehmigung zwar zurückgezogen, weil es im StandAG heißt, die Erkundung in Gorleben sei beendet. Bundesumweltminister Altmeier (CDU) hat aber bereits gegen die Entscheidung Stefan Wenzels Rechtsmittel eingelegt.

Isibel-Studie 2005

Im Rahmen der Isibel-Studie stellte die Bundesanstalt für Geowissenschaften (BGR) 2005 lapidar fest: „Trotz der noch nicht abgeschlossenen Erkundung (...) kann nach den bisherigen Untersuchungen festgestellt werden, dass aus geowissenschaftlicher Sicht keine Erkenntnisse aus dem Salinar gegen die langzeitsicherheitsliche Eignung des Salzstocks Gorleben für die Endlagerung radioaktiver Abfälle vorliegen.“ Die Behörde, die dem Wirtschaftsministerium untersteht, favorisierte von Beginn an Salz als Endlagermedium und Gorleben als Standort.

Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben

Für 8 966 950,57 Euro beauftragte der damalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) das gleiche Konsortium, das die Isibel-Studie zu verantworten hatte, erweitert um andere Forschungsgruppen, die sich für Gorleben stark gemacht haben, mit einer „vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben“. Diese wurde zwar ohne eine Eignungsprognose beendet, ist aber Teil der „Aktenlage“ pro Gorleben. Einzelergebnisse wurden längst veröffentlicht.



Nukleare Infrastruktur

Im StandAG heißt es auch, „der Umstand, dass für den Standort Gorleben bereits Infrastruktur für die Erkundung geschaffen ist“, dürfe nicht in eine vergleichende Bewertung einfließen. Unterschlagen wird, dass mit der Castor-Halle und der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) bereits eine nukleare Infrastruktur geschaffen wurde, die es in dieser Form nirgendwo anders gibt. Insbesondere die PKA ist das „Missing Link“ zwischen Lagerung des hochradioaktiven Mülls und der möglichen Einlagerung in ein Endlager, weil dort Brennelemente zerschnitten und Abfälle für die Endlagerung neu verpackt werden könnten. Die PKA, die in den Neunzigerjahren errichtet wurde, entspricht jedoch nicht mehr den Genehmigungsvoraussetzungen. *

VSG:
VORLÄUFIGE
SICHERHEITS-
ANALYSE
GORLEBEN
(8966950,57€)

1983
RAHMEN
BETRIEBS-
PLAN
Atomrecht
Bergrecht

2005
ISIBEL-
STUDIE
BGR:
BUNDESANSTALT FÜR
GEDWISSENSCHAFT
& ROHSTOFFE

PKA:
PILOT-
KONDITIONIERUNGS-
ANLAGE

1977
PLAN-
FESTSTELLUNGS-
ANTRAG
PTB:
PHYSIKALISCH-
TECHNISCHE
BUNDESANSTALT

CASTOR
HALLE
ZWISCHEN-
LAGER



Wer zahlt die Endlagersuche?

Die Atomindustrie jammert: Nachdem in Gorleben bereits 1,6 Milliarden Euro Steuergelder „verbuddelt“ wurden, die der Branche irgendwann in Rechnung gestellt werden könnten, kommen auf sie nun rund zwei Milliarden Euro zu, die eine vergleichende Endlagersuche voraussichtlich kosten wird. „Dass diese Endlagersuche internatio-

nalem Standard entspricht, hat sich bei den Abfallverursachern offensichtlich nicht herumgesprochen“, kontert die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI). RWE prüft derzeit eine Klage gegen das Standortauswahlgesetz. „Unterschlagen wird, dass Vattenfall, E.ON, EnBW und RWE rund 30 Milliarden Euro Rückstellungen für die Atommüllentsorgung haben, die ihre Steuerlast senken“, erin-

net die BI. Es sei überfällig, dass dieses Geld in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführt wird, bevor sich die Atommüllverursacher aus der finanziellen Verantwortung ziehen. Dass RWE die Rückstellungen jetzt um 400 Millionen Euro aufstocken will, sei ein geschickter Schachzug, bei dem es aber nur um weitere Steuereinsparungen gehe und nicht um die Verantwortung.

Fass statt Castor

Auf dem Betriebsgelände der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) in Gorleben gibt es neben der Castor-Halle und der Pilot-Konditionierungsanlage eine weitere Halle, in der schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus dem Betrieb der Atomkraftwerke und anderer Nuklearanlagen zwischengelagert werden. Deren offizieller Name lautet „Abfalllager Gorleben“ (AL-G).

Zur Aufbewahrung der zuvor meist in GNS-Einrichtungen konditionierten Abfälle dient diese circa 4 500 Quadratmeter große und etwa fünf Meter hohe Lagerhalle. Ihre Kapazität beträgt 10 000 Kubikmeter.

Die Abfälle sind in unterschiedliche Gebinde wie Containern aus Stahl, Guss oder Beton eingeschlossen. Sie werden im Lager, das aus sechs Lagerkammern besteht, übereinander gestapelt. Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebunden begann 1984. Vor einem Jahr lagerten im AL-G 3204 Abfallgebände mit einem Volumen von 6 500 Kubikmetern. Kürzlich wurde bekannt, dass mehrmals im Monat Transporte mit schwach- und mittelaktivem Müll in Gorleben ankommen (s. Bericht Seite 8).

Wolfgang Ehmke *



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

Vattenfall gibt auf

Das Greenwashing-Event der Atomindustrie, die „Vattenfall-Lesetage“ in Hamburg, gibt es nicht mehr. Der Rückzug ist offenbar auf das Engagement vieler Künstler in der Gegenveranstaltung „Lesen ohne Atomstrom“ zurückzuführen.

PROTEST-DAUERBRENNER



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel



Straßenblockade der Castorgruppe Küsten im Vorfeld des Atommülltransports im Jahre 2011.

Keimzellen des Widerstands

Als Bezugsgruppe meist viel zu groß, erfüllen die Castorgruppen trotzdem eine ähnliche Funktion: Sie sind die Ortsgruppen des Gorleben-Widerstands. In den frühen Jahren organisierten sich Mitglieder der Bürgerinitiative (BI) im Wendland in diesen Gruppen. Dort arbeiteten sie mit Nicht-Mitgliedern aus derselben Region des Wendlands zusammen, um Informationen und Meinungen auszutauschen, eigene Aktionen oder Beteiligungen an größeren Demos zu planen. Im Laufe der Zeit verselbstständigten sich diese BI-Ortsgruppen, und mit den Protesten gegen die Castortransporte bezeichneten sich die übriggebliebenen als „Castorgruppen“. Manche der heute rund ein Dutzend Castorgruppen gibt es schon sehr lange, andere lösten sich auf oder überdauern wie in einem Dämmer Schlaf, aus dem sie bei Bedarf jederzeit wieder erwachen können. Ab und an findet sich in einer Gemeinde eine neue Gruppe zusammen. Obwohl selbstständig arbeitend, sind sie für die BI wichtige Ansprechpartner vor Demonstrationen, um bei der Vorbereitung zu helfen und verschiedene Aufgaben zu übernehmen. Den Widerstand beleben diese Gruppen immer

wieder durch eigene unberechenbare und unkonventionelle Aktionen.

T. Koopmann *

Foto: PublicViewing (oben)

VOR 30 JAHREN

Viel Geld für niX

Das PROGNOSE-Gutachten – heute vergessen? Anfang der Achtzigerjahre sorgte es nicht nur im Lüchow-Dannenberg Kreistag für Furore. In Erwartung des versprochenen Geldsegens für das „Ja“ zu den Atomanlagen in Gorleben wurde die Schweizer PROGNOSE-AG beauftragt, ein „Regionalgutachten für den Landkreis Lüchow-Dannenberg“ zu erstellen. Wichtigster Teil war die „Wirkungsanalyse“. Aufgezeigt werden sollten „Wirkungen und Folgewirkungen von den geplanten Investitionsmaßnahmen auf die Teilbereiche Bevölkerung, Wirtschaft, Siedlungswesen, Infrastruktur, natürliche Umwelt“. Doch die Erkenntnisse entsprachen nicht in allen Bereichen den Erwartungen vieler Kreistagsmitglieder. Nachbesserungen wurden erbeten. Inwieweit

diesem Ansinnen im Einzelnen nachgegeben wurde, ist unbekannt. Im 2. Zwischenbericht stehen laut Aussagen des damaligen Baurats Quis immer noch Sätze wie: „Die Ausgleichszahlungen an den Landkreis stärken seine Finanzkraft, erweitern aber seinen Handlungsspielraum nur scheinbar. (...) Die Gelder verleiten zu falschen Investitionsprioritäten, längerfristige strukturelle Überlegungen werden hintangestellt. Der Ausbau der Infrastruktur wird forciert, es werden Ausbaustandards angestrebt, die in der örtlichen Situation überzogen erscheinen.“ Und Lilo Wollny schreibt in ihrem Buch „Es wird wie ein Kartenhaus zusammenbrechen“: „Das 320 000 Mark teure Gutachten wurde in keiner Weise bei den Entscheidungen (...) berücksichtigt.



Es verschwand in der Schublade und wurde erst viel später der Öffentlichkeit bekannt.“

Marianne Fritzen *



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel



Während der Castortransporte im Jahre 2011, ketteten sich vier AktivistInnen mit den Armen unter den Schienen an und hielten so die Weiterfahrt des Zuges ca. 15 Stunden lang auf.

Der Spätsommer war geprägt von einer ganzen Reihe von Vorträgen am Schwarzbau in Gorleben.

Anfang September waren dort japanische Wissenschaftler zu Gast und wurden von Kerstin Rudek und Dieter Schaarschmidt umfassend zum Thema „Erneuerbare Energien“ informiert.

Zwei Tage später hatte Torben Klages an den Atomanlagen im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung eine Gruppe internationaler Jugendlicher und Erwachsener zu Gast und später im Monat referierte er vor indischen Gästen zu den Themen „Atomwüsten“ und „Gorleben“.

Ebenfalls im September zeigte die BI in der Bildungsstätte „Kurve Wustrow“ den Film „High Power“. Bei familiärer Stimmung wurden anschließend – bei leckerem indischem Essen – Erfahrungen im Kampf gegen die Atomindustrie ausgetauscht.

Ein Prozess gegen Aktivist/-innen der sogenannten Vastorf-Blockade während

des Castortransportes 2011 im Oktober gegen eine Zahlung von 250 Euro an die „Kinder von Tschernobyl“ eingestellt. Damit findet nun kein weiterer Prozess im Zusammenhang mit der Gleisblockade mehr statt.

Vom 18. bis zum 20. Oktober hielt die Anti-Atom-Szene in Hamburg die Herbstkonferenz ab. Große Themen waren Atomtransporte, deren Gefahren und Interventionsmöglichkeiten dagegen.

Denn immer noch wird Atommüll quer durch die gesamte Bundesrepublik gekarrt. Wo überall er lagert, wird auch im gerade veröffentlichten Sorgenbericht dokumentiert, an dem auch die BI mitgearbeitet hatte.

Günter Hermeyer von der BI referierte über den drohenden Uranabbau in Mali. Einige andere Beiträge beschäftigten sich mit der Lage in Fukushima.

In diesem dritten Teil der Konferenz stand vor allem die Möglichkeit internationaler Vernetzung im Mittelpunkt. A. Meyer ✨

GLOSSE

Wer den Schaden hat ...

Nur einen Tag, nachdem die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und das niedersächsische Innenministerium sich auf einen vollen Freizeitausgleich für Polizisten geeinigt haben, die während der Castoreinsätze Überstunden angehäuft haben, zieht die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) nach: Anti-Atom-Aktivist/-innen können jetzt bei der für sie zuständigen BI Musterklagen vorfordern, um bei der Bundesregierung Ausgleichszahlungen einzufordern für jahrelange Proteste gegen die verfehlte Atompolitik. Dazu gehört auch

das tage- und nächtelange Engagement Tausender von Demonstranten, das bis 2011 beim Stopp der Castortransporte ins Wendland neben Beruf und Familie üblich war. Erst im Juli hatte die Superkoalition aus Union, FDP, Grünen und SPD durch die Novelle des Atomgesetzes weitere Transporte nach Gorleben ausgeschlossen und damit eingestanden, dass jeder Transport Gorleben als Endlagerstandort zementiert. Wolfgang Ehmke ✨



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

Unterschriften gegen PKA

Die jüngsten Vorfälle um Atomtransporte nach Gorleben belegen die Aktualität der Unterschriftensammlung der BI gegen die Pilotkonditionierungsanlage (PKA). Entgegen den Beteuerungen des Betreibers GNS, Gorleben nicht zu einer Drehscheibe für Atomwaste zu lassen, befindet sich zusätzlich zur PKA eine weitere Konditionierungsanlage im Bau. Diese soll schwachradioaktiven Abfall für den Schacht Konrad konditionieren. Dabei ist zum jetzigen Zeitpunkt ein Einlagerungstermin völlig unklar und der Schacht nach unserer Ansicht ungeeignet. Fakten werden dennoch geschaffen, Transporte finden nach wie vor statt!

Auch wenn die PKA nie ihren Betrieb aufgenommen hat, ist doch abzusehen, dass der Betreiber auf den großzügigen Vertrag mit dem Land Niedersachsen zurückgreifen könnte, was die Inbetriebnahme ohne unabhängige Prüfung zuließe! Der Standort Gorleben bleibt auch durch diese Option weiterhin erste Wahl für die Atomindustrie.

Darum unterschreibt bitte gegen die PKA. Am 9. Dezember werden wir die gesammelten Unterschriften dem Landesumweltminister in Hannover übergeben.



Um ausführlich über die PKA und die Fortführung der Kampagne dagegen zu berichten, veranstaltet die Bürgerinitiative am 27. November um 19 Uhr einen Informationsabend im Gasthaus Sültemeier in Dünsche im Wendland. Als Referent wird der Physiker Dr. Wolfgang Neumann vor Ort sein.



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

HEIMLICH, STILL UND LEISE

von Andreas Conradt

Aktuelle Kampagne
bi-luechow-dannenberg.de

Keine weiteren Atommülltransporte nach Gorleben! Diese Nachricht rauschte im Sommer durch den bundesdeutschen Blätterwald. Man wolle keine weiteren Fakten schaffen, hieß es aus der Politik, um den Neubeginn auf einer weißen Landkarte nicht zu behindern. Im Wendland hatte man dieser Taktik von vornherein misstraut. Zu Recht, wie sich jetzt zeigt.

Seit kurzem ist klar: Auf dem Gelände des Zwischenlagers im Forst bei Gorleben kommen monatlich mehrere Atommülltransporte an. Keine Castoren zwar, doch mindestens im August und September wurde das Lager zweimal pro Woche mit schwach- und mittelradioaktiven Betriebsabfällen aus dem AKW Grohnde angefahren, ergab jetzt eine Recherche der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Diese Angaben wurden auf Anfrage der BI inzwischen vom Spre-

einer atomaren Drehscheibe ausgebaut wird, ist dabei nicht unbegründet: Schon im vergangenen Jahr wurde das Gewerbeaufsichtsamt in Lüneburg von der GNS über deren Vorhaben informiert, in Gorleben eine Konditionierungsanlage bauen zu wollen, in der atomare Abfälle in Fässern zu Gebinden umverpackt werden sollen.

Der Bau dieser Anlage sollte nach ersten Angaben der GNS zwar nur dazu dienen, die in Gorleben schon heute eingelagerten schwach- und mittelaktiven Abfälle für die Endlagerung im Schacht Konrad neu zu verpacken. Doch daran gibt es Zweifel:

Die neue Anlage für schwach- und mittelaktiven Müll in unmittelbarer Nachbarschaft zur schon existierenden Pilot-Konditionierungsanlage (PKA), in der hochradioaktive Abfälle für die Endlagerung sogar zerschnitten werden können – das alles nehme die Konturen eines

ger wieder mit neuem Atommüll gefüllt. Auf diese Weise könnte Gorleben zum Umschlagplatz mit hohem Durchsatz für atomaren Müll ausgebaut werden.

Selbst die von der GNS auffallend häufig zitierte Mengenbeschränkung auf 10 000 Kubikmeter nützt da wenig: „Ist einmal eine Genehmigung nach der Strahlenschutzverordnung da, kann die GNS zu gegebener Zeit nachlegen“, so die BI. Sie sieht in der geplanten Konditionierungsanlage und den fortwährenden Transporten nach Gorleben weitere Mosaiksteinchen der Realisierung eines Atommüllzentrums Gorleben im Schatten des Standortauswahlgesetzes.

Unterdessen teilte das niedersächsische Umweltministerium mit, dass im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Gesetzes zwar weitere Castortransporte mit hochradioaktivem Atommüll nach Gorleben ausgeschlossen wurden. „Das Abfalllager für schwach- und mittelradio-



cher der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), Jürgen Auer, bestätigt: „Es kommen momentan wöchentlich Transporte in Gorleben an!“ 6 500 Kubikmeter seien im sogenannten Fasslager bereits eingelagert, insgesamt sei ein Fassungsvermögen für 10 000 Kubikmeter vorhanden. Der BI liegt inzwischen ein Papier vor, in dem allein für das Jahr 2012 insgesamt 13 Transporte mit schwach- und mittelaktivem Abfall aus verschiedenen AKW in das Fasslager in Gorleben aufgelistet werden.

„Wir sind schockiert, dass Gorleben nach wie vor Ziel von geheim gehaltenen Atomtransporten ist“, sagte daraufhin BI-Vorsitzender Martin Donat. „Sie konterkarieren den von Parteien lancierten Versuch einer transparenten Auseinandersetzung mittels des neuen Standortauswahlgesetzes.“

Die Sorge der Gorleben-Gegner, dass der Standort im Wendland dank der stetig vorangetriebenen Infrastruktur und der regelmäßigen Fasstransporte nun zu

Atommüllzentrums in Gorleben an, warnt die BI.

Durch die Transporte der vergangenen Monate rückt jetzt in den Fokus, dass das Fasslager als „Eingangs-Pufferspeicher“ zwischen Abfallproduzenten (allen voran die AKW) und der neuen Konditionierungsanlage dienen könnte. Auch GNS-Sprecher Auer spricht neuerdings davon, dass die Belegung der freien und frei werdenden Stellplätze im Fasslager schließlich genehmigt sei und man mit früheren Aussagen gemeint habe, nie mehr als die 10 000 Kubikmeter Müll *gleichzeitig* im Fasslager „vorrätig“ haben zu wollen. Hintergedanke dabei: Aus diesem Fasslager – also dem „Eingangs-Pufferspeicher“ – könnten sich die Arbeiter in der Konditionierungsanlage bedienen und den dann fertig verpackten Müll in der Castorhalle lagern – quasi als „Ausgangs-Pufferspeicher“ – bis der Schacht Konrad dereinst fertig zum Endlager für schwach- und mittelaktiven Abfall ausgebaut ist. Gleichzeitig würde das Fassla-

aktiven Müll war aber nicht Gegenstand des Kompromisses“, so ein Sprecher von Minister Wenzel (Grüne).

„Das ist ja gerade einer unserer Kritikpunkte“, kontert der Pressesprecher der BI, Wolfgang Ehmke. „Mit jeder weiteren Anlage zementiert sich nämlich der Standort Gorleben in den Köpfen der Menschen. Hinter den Kulissen wird das Puzzle Gorleben weiter zusammengesetzt!“ Und in der Tat: Der von der BI befürchtete Ausbau Gorlebens zum Verschiebebahnhof für alle Sorten Atommüll – schwach-, mittel- und hochradioaktiv – würde nicht im Widerspruch zum Standortauswahlgesetz stehen. Wolfgang Ehmke: „Mit Blick auf die kommende Endlagerdebatte und die Debatte offener Fragen ist das ein Ausrufezeichen. Auch wenn es bestritten wird: Die GNS erarbeitet sich in Gorleben gerade einen Standortvorteil!“



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

ALTMAIERS GLAUBWÜRDIGKEIT IST DAHIN

von Gabi Haas



Mit seiner Klage gegen die Aufhebung des Rahmenbetriebsplans in Gorleben hat Bundesumweltminister Altmaier jegliches Vertrauen in eine ergebnisoffene Endlagersuche unterminiert.

Glaukt man Umweltminister Peter Altmaier (CDU), dann soll die Suche nach einem Endlagerstandort noch einmal ganz von vorne beginnen. Ohne Vorfestlegungen und ausschließlich nach wissenschaftlichen Kriterien. Doch nur drei Monate nach Inkrafttreten des Standortauswahlgesetzes (StandAG) sind all diese Versprechen Makulatur – schneller, als es selbst die größten Zweifler erwartet hatten. Denn das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat jetzt auf Anweisung Altmaiers Klage gegen die Aufhebung des alten Rahmenbetriebsplans in Gorleben eingereicht. Im Klartext: Der CDU-Politiker hält mit allen Mitteln an den alten Genehmigungsgrundlagen für Gorleben fest, obwohl sie dem StandAG ganz offensichtlich widersprechen. Doch damit hat Altmaier nicht nur persönliches Vertrauen verspielt. Vor allem hat er die Zweifel an einem ehrlichen Neuanfang weiter geschürt oder, wie BI-Sprecher Wolfgang Ehmke es formuliert, den letzten „Funken an Glaubwürdigkeit erstickt“.

Und darum geht es genau: Betroffene Grundeigentümer wie die Familie von Bernstorff und die Kirchengemeinde Gartow hatten schon 2010 gegen die Verlängerung des veralteten Rahmenbetriebsplans zur weiteren Erkundung des Gorlebener Salzstocks geklagt. Die gegnerische Partei war in diesem Fall das – heute vom grünen Umweltminister Stefan Wenzel geführte – Niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG). Allerdings: Wenn es um Gorleben geht, hat auch immer der Bundesumweltminister mitzureden,

der an dem längst überholten Regelwerk auf gar keinen Fall rütteln will. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren. Möglicherweise fürchtet man Schadenersatzforderungen durch die Atomkonzerne. Oder man möchte – falls die neue Endlagersuche scheitert – den alten Rahmenbetriebsplan wieder aus der Tasche ziehen und in Gorleben einfach so weitermachen wie bisher.

Der Rechtsstreit sollte Anfang September vor Gericht verhandelt werden, wurde von der Wirklichkeit aber quasi überholt. Denn das neue StandAG stellt klar: „Die bergmännische Erkundung des Salzstocks Gorleben wird mit Inkrafttreten dieses Gesetzes beendet.“ Die Klage der betroffenen Grundeigentümer hatte sich damit genauso erledigt wie der Rahmenbetriebsplan selbst. So jedenfalls sah es das Verwaltungsgericht Lüneburg. Die zuständigen Richter teilten schriftlich mit, dass durch das neue Gesetz die „rechtliche Wirkung“ für den Plan „entfallen“ sei. Diese Einschätzung teilte auch das Land Niedersachsen. Mitte September wies es das Bergamt an, den umstrittenen Plan offiziell aufzuheben. „Aus Gründen der Rechtsklarheit“, wie es im Umweltministerium hieß.

Doch „rechtsklar“ scheint inzwischen gar nichts mehr. Denn durch die Klage des BfS, die angeblich nur der „Rechts- und Fristwahrung“ dient, wurde die Wirksamkeit des alten Rahmenbetriebsplans vorläufig wieder hergestellt. Wobei noch darüber gerätselt wird, wie Altmaier seinen gerichtlichen Vorstoß juristisch überhaupt begründen will. Sein niedersächsischer Amtskollege Wenzel warnt: „Es wäre fatal, wenn sich der Bund jetzt einen Plan B neben dem Standortauswahlgesetz offenhalten will.“



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

30. November Großdemo Energiewende retten!

Ein breites Bündnis aus Initiativen und Organisationen ruft für den 30. November zu einer Demonstration nach Berlin und zur Umzingelung des Kanzleramts auf.

Die Energiewende ist eine riesige Chance, beim Klimaschutz ernst zu machen, Atomkraft abzuschalten, den Stromkonzernen den Stecker zu ziehen und für eine Energieversorgung in Bürgerhand zu sorgen. Genau deshalb setzen E.ON, RWE, Vattenfall und Co. alles daran, dass eine neue Bundesregierung die Energiewende zurückdreht. Viele Menschen wollen nicht tatenlos zusehen, wie die Energiewende ausgebremst und schlechtgeredet wird. Statt wirklich konsequent den Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzutreiben, setzen Regierung und Wirtschaft weiterhin auf Atom und Kohle. Statt die Atomkraftwerke sofort stillzulegen, torpedieren die Energiekonzerne die Energiewende. Deshalb geht die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg gemeinsam mit Umweltverbänden und Energiewende-Organisationen auf die Straße, um der neuen Bundesregierung von Anfang an Druck zu machen. „Unseren Protest werden wir mit einem Anti-Atom- und einem Anti-Fracking-Block deutlich sichtbar machen“, so die BI. Bei der Demo können alle zusammenkommen, die

- den sofortigen Atomausstieg fordern,
- nicht wollen, dass immer mehr Braunkohle verfeuert wird
- gegen den Bau von neuen Kohle-Kraftwerken sind
- sich vor Ort gegen Fracking-Pläne einsetzen,
- für die Verstaatlichung der Energieriesen eintreten

und auch all jene, die es begrüßen, dass Bürgerinnen und Bürger die Energiewende vorantreiben, indem sie Energie sparen, den Stromanbieter wechseln oder selbst zu Stromerzeugern werden. „Jetzt müssen wir eine Energiewende in Bürgerhand durchsetzen“, so Jochen Stay von .agestrahlt. „Sie kann zum Vorbild für andere Staaten werden. Und zum Signal an die Länder des Südens, die bisher unter den Folgen deutscher Energiepolitik zu leiden haben.“

www.energie-wende-demo.de

Polizei handelte rechtswidrig

Die Ingewahrsamnahme von Demonstranten in einem „Polizeikessel“ beim Castortransport im November 2011 war rechtswidrig. Einen entsprechenden Beschluss des Landgerichtes Lüneburg erhielt jetzt der erste von mehr als hundert Betroffenen, die gegen den Kessel gerichtlich vorgegangen waren. Der Atomgegner hatte im November 2011 im Rahmen einer Aktion der Gruppe „widerSetzen“ die Castortransportstrecke im Wendland besetzt. Nachdem die Polizei damals nicht imstande war, die Blockade in der Entstehung zu verhindern, begann sie, die Räumung mit Festnahme und „Feldgewahrsam“ vorzubereiten. Kurz vor drei Uhr nachts wurde die Auflösung der Versammlung von der Polizei verfügt, wenig später begann das Abtragen der Blockierer. Angesichts der teilweise rabiaten Polizeimethoden und der drohenden Festnahme verließ etwa die Hälfte der Teilnehmer die Blockade, festgenommen wurden ca. 1 300 Menschen.

Zu Unrecht, wie jetzt das zuständige Landgericht Lüneburg in zweiter Instanz befand. Freiheitsentziehung stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Menschenrechte dar, der mit gutem Grund nur bei

ebenso schwerwiegenden Gründen und juristisch einwandfreiem Vorgehen zulässig ist.

Im November 2011 waren bereits die Gründe nicht ausreichend, denn gemäß der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte ist eine Freiheitsentziehung, so das Gericht, „lediglich im Hinblick auf die Verletzung von Strafgesetzen erlaubt. Konkrete Anhaltspunkte dafür, dass von den Betroffenen Straftaten ausgegangen sind oder zu erwarten waren, liegen jedoch nicht vor.“

Das Landgericht rügte ausdrücklich, dass die Polizei zwar genügend Zeit fand, den Kessel materiell und organisatorisch vorzubereiten, aber keine Vorkehrungen getroffen wurden, die Festgenommenen einem Richter vorzuführen.

Die Gruppe „widerSetzen“, die die Blockade organisiert hatte, wertete das Urteil als Stärkung, ihren Protest gerichtlich abzusichern. „Viele Betroffene werden nun auf Schadensersatz klagen“, sagte ein Sprecher von „widerSetzen“. Mit entsprechenden Klagen zu früheren Kesseln hatten gerade kürzlich etliche Atomgegner Erfolg. „Nachdem ihre Rechte unverhältnismäßig verletzt wurden, werden viele Betroffene jetzt versuchen, zumindest eine finanzielle Kompensation einzufordern. Nach unserer Einschätzung dürf-

te es sich für die Kessel in Harlingen 2010 und 2011 um annähernd 2 500 Menschen handeln.“

Knut Hose ✨



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel



BERICHT ÜBER DEN PUA

830 Seiten Skandalgeschichte



weglassen wollte und wie die drei anderen Parteien die Tatsachen ganz anders bewerten. Es genügt zum Einstieg, nur diese fett gedruckten Stellen zu lesen. Der Abschlussbericht kann im BI-Büro in Lüchow gekauft, ausgeliehen oder eingesehen werden. *Torsten Koopmann* ✨



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

Soli-Gruß

Als Anti-Atom-Initiative mit weltweiten Kontakten, in der wir unter anderem gegen die permanente Unterdrückung, Ausbeutung und gesundheitliche Schädigung der Bevölkerung beim Uranabbau protestieren, solidarisieren wir uns mit der Flüchtlingsgruppe „Lampedusa in Hamburg“ und fordern ein Bleiberecht für alle sowie ein Ende der rassistischen Asylpolitik in Europa! Kein Mensch ist illegal!



Hamburg 2. November 2013: Rund 9000 Menschen protestierten gegen die Abschiebung afrikanischer Flüchtlinge, die unter dramatischen Umständen übers Mittelmeer geflohen und auf der Insel Lampedusa (Italien) gelandet waren.

Fotos: PubliXviewing

Konferenz in Tansania war ein Erfolg



Anfang Oktober fand in Tansania die internationale Konferenz zu Uranabbau, Umwelt und Gesundheit statt. Trotz Einschüchterungsversuchen der Polizei kamen etwa 400 Betroffene zum ersten Teil der Konferenz nach Dodoma.

Afrika als Uranabbaugebiet gelangt immer mehr ins Blickfeld großer Energiekonzerne. Von Regierungsvertretern der Staaten wird das begrüßt, weil angeblich vom Uranbergbau keine Gefahr ausgehe, sondern dieser im Gegenteil für die Entwicklung des jeweiligen Landes vonnöten sei. Widerstand dagegen wird immer wieder massiv verhindert.

Unabhängige Informationen über Regierungspläne sind in Afrika nicht einfach zu bekommen, vor allem, wenn es um Uranabbau geht. Der steht ganz oben auf der Agenda der Regierung Tansanias. Während sich christliche und muslimische Kir-

chen in einer gemeinsamen Studie fragen: „Uranium mining in Tanzania: Are we Ready?“, wollen Regierungsvertreter glauben machen, dass der Aufbau von Experten beispielsweise für die Begleitung von Umweltverträglichkeitsstudien im vollen Gange und alles sauber vertraglich geregelt sei. Es wird allerdings schnell klar, dass das so nicht ganz stimmen kann: Wer zum Beispiel „den Saal ausfegt“, wenn die „Mining Show“ beendet ist, bleibt offen. Von den drei Prozent Gewinn, die im Land verbleiben, wird das wohl nicht zu machen sein, und Gebiete wie Bahi werden nie wieder zur Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Auch was mit den Menschen geschehen soll, die bisher noch im Abbaugelände leben, ist offen. 690 Jobs verspricht die Regierung für die Mine im südlichen Selou Game Reserve, einem Gebiet ähnlich der



Serengeti. Selbst wenn sie dieses Versprechen halten kann, wird es nur für eine relativ kurze Zeit sein. Danach wird das Land für viele Generationen zerstört sein – das zeigen Erfahrungen in Ländern wie Kanada oder den USA. Uranabbau ist eben immer auch Landraub, und die Menschen werden sich auf den Weg machen, um anderswo ein besseres Leben zu finden, denn, so einer der Konferenzteilnehmer, „Wie sollen die Uranminen Geld ins Land bringen, wenn es doch schon die Goldminen nicht getan haben?“

Zum Abschluss des zweiten Konferenzteils, der in Dar Es Salaam stattfand, stellten Lokalpolitiker aus den betroffenen Regionen fest, dass das Land dem Volk gehört und gehören sollte und nicht der Regierung. Das Gebiet in Maniyoni ist im



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

Besitz der katholischen Kirche. Da stimmt es nachdenklich, zurück in Deutschland von einer Gruppe Afrikaner zu hören die in einer Kirche in Hamburg Asyl suchen. Es ist gut möglich, dass sie aus einem Uranabbaugebiet auf Kirchengelände gekommen sind. *Günter Hermeyer*

PRAKTIKUM IM BI-BÜRO

Wie machen die das?

Ein Praktikum im Herzen des wendländischen Widerstands: Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) bietet jungen Menschen für ein paar Wochen einen Einblick in die Schaltzentrale des Protestes gegen die Atomanlagen in Gorleben. So hat kürzlich Anna Gäde im Rahmen ihres Studiums der Geschichts-

und Kulturwissenschaften an der Uni Gießen das Team in der Lüchower Rosenstraße unterstützt: Einige Tage pro Woche im BI-Büro, die restliche Zeit im Gorleben - Archiv ein paar Häuser weiter – dort, wo sämtliche Materialien über den Protest im Wendland gesammelt und verwahrt werden. „Nirgendwo anders in Deutschland findet man eine Region mit

einer so lebendigen und aufregenden Geschichte, die sich nicht nur über die letzten 35 Jahre erstreckte, sondern bis heute gelebt wird und sich quer durch alle Bevölkerungsschichten zieht“, sagte Anna. „Der Widerstand lebt, und gerade deshalb hatte ich Spaß daran, das tägliche Geschäft im BI-Büro zu begleiten.“

Andreas Conradt



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

Etymologie: Gorleben

Orte auf „-leben“ deuten auf ein uraltes Gebiet vordislawischer Besiedlung hin. „Leve“ aus dem Altniederdeutschen heißt dabei „Erbe“ oder „Hinterlassenschaft“. „Gor“ ist abgeleitet vom prähistorischen „or“ für Sumpf, Moor, tiefliegender Ort. Frei übersetzt bedeutet „Gorleben“ also: „Abgesoffene Hinterlassenschaft in der Tiefe“ oder „Erbe im Sumpf“



ZWEI LEERE STÜHLE IN DER ENDLAGERKOMMISSION?

von Jan Becker

„Das Vorgehen der Bundesregierung widerspricht unserem Verständnis einer ernst gemeinten ergebnisoffenen und transparenten Suche nach einem Endlager“



Anti-Atom-Initiativen fordern, dass die beiden Sitze in der Endlager-Kommission, die für Umweltverbände vorgesehen sind, zum Zeichen des Protestes unbesetzt bleiben. Doch es gibt auch andere Stimmen.

In der von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) geplanten Kommission sollen zwei von insgesamt 33 Plätzen mit Vertretern aus Natur- und Umweltschutzorganisationen besetzt werden. Die übrigen Sitze gehen an Politiker, Wissenschaftler, Kirchen-, Gewerkschafts- und Industrievertreter. Über die Personalien entscheidet die neue Bundesregierung.

Die TeilnehmerInnen der Atommüllkonferenz, die Ende August in Kassel stattfand und von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) organisiert wurde, fordern aber, dass diese beiden Plätze in der Endlager-Kommission aus Protest nicht besetzt werden. Die unzureichende Kompetenz im weiteren Prozess mache es unmöglich, dass die Bundesrepublik Deutschland über diesen Weg der Klärung des langfristigen Umgangs mit dem Atommüll näher kommt. Sie diene im Gegenteil dazu, den Standort Gorleben nachträglich zu legitimieren. Mit einem umfangreichen „Sorgenbericht – Bestandsaufnahme Atommüll“ zeigt die Konferenz das ganze Desaster im Umgang mit dem schwach-, mittel- und hochradioaktiven Atommüll – und will so konstruktiv in das Verfahren der Endlagersuche ein-

greifen. Denn ein wirklich offener, gesellschaftlicher Entscheidungsprozess muss alle Arten von Atommüll und alle Beteiligten und Betroffenen einbeziehen.

Das ist so von der Bundesregierung bislang nicht vorgesehen, doch nach der Bundestagswahl und dem Ausscheiden der FDP aus der Regierung könnten die Karten für die Besetzung der Kommission, die bis 2015 unter anderem Kriterien für ein atomares Endlager in Deutschland festlegen soll, neu gemischt werden. Was wohl bleibt ist eine deutliche Mehrheit der Gorleben-Befürworter, aber auch eine Verzögerung der Kommissionbildung bis – vermutlich – weit in den kommenden Sommer.

Doch auch in den eigenen Reihen gibt es Stimmen, die sich für eine Teilnahme der Anti-Atom-Gruppen an der Kommission aussprechen. Denn immerhin könne so – wenn auch mit einer geplanten Minderheit – argumentativ auf die Mitglieder eingewirkt und zusätzlich immer die Öffentlichkeit informiert werden. In dieser Hinsicht wäre später auch ein medienwirksames Ausscheiden aus der Kommission möglich.

Fest steht immerhin schon, dass der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Robin Wood, Greenpeace und viele weitere Organisationen an der Kommission nicht teilnehmen werden. Die Umweltverbände kritisieren, dass die Politik zentrale Voraussetzungen für

einen ehrlichen Neustart der Endlagersuche einfach ignoriert hat. So sieht die BI Lüchow-Dannenberg einen Kardinalfehler darin, dass der geologisch ungeeignete Salzstock im Wendland im Suchverfahren nicht ausgeschlossen wurde. „Gorleben wird durch das neue Gesetz im Nachhinein sogar legitimiert“, warnt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. „Nach diesem Start haben wir kein Vertrauen in die Kommission“, begründet der Leiter des Greenpeace-Energiebereiches Thomas Breuer die Entscheidung gegen die Mitarbeit in der Kommission. „Das Vorgehen der Bundesregierung widerspricht unserem Verständnis einer ernst gemeinten ergebnisoffenen und transparenten Suche nach einem Endlager“, sagt auch BUND-Geschäftsführer Olaf Bandt. Bürger und Verbände seien viel zu spät und in viel zu geringem Umfang in den bisherigen Prozess eingebunden worden. „Wer das Atommüllproblem wirklich angehen will, muss endlich auch über das ganze Atommüll-Desaster sprechen“, fordert Dirk Seifert, Energiereferent von Robin Wood mit Blick auf den im Ausland lagernden Atommüll und tausende Tonnen schwach- und mittelaktiver Abfälle, die in ganz Deutschland verteilt in Zwischenlagerhallen stehen. Eine Mitarbeit in der Kommission komme daher für die Verbände nicht infrage. Eine aktive Begleitung von außen dagegen schon. ✨



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

GORLEBEN IST IRGENDWO

von Andreas Conradt

Die Freie Bühne Wendland will eine neue Form des Theaters in Norddeutschland etablieren: regionale gesellschaftliche Themen, aktuell und zeitnah aufgearbeitet, dargeboten in einer Mischung aus politischem Kabarett und Elementen respektlosen Volkstheaters. Temporeich, schlagfertig und selbstironisch.

Siebzehn Jahre lang waren es die Wendländer gewohnt, im Herbst gegen den Castor auf die Straße zu gehen. Seit Anfang des Jahres heißt es nun: Ergebnisoffene Suche nach einem neuen Endlager und vorläufig keine weiteren Transporte. Eine gute Nachricht? Nicht für die *Freie Bühne Wendland!* Aus satirischer Sicht ist die Absage nichts anderes als ein Frontalangriff auf die Identität des Landkreises. Was wäre die Regionschließung ohne ihren Atomprotest? Gorleben wäre nicht mehr *überall*, sondern einfach nur *irgendwo*. Ein Absturz in die Bedeutungslosigkeit.

Gorleben ist irgendwo ist ein satirisch-bissiges Theaterprojekt zu den Themen Atommüll, Entsorgung, Gorleben und Widerstand und die erste Produktion einer geplanten Reihe unter dem augenzwinkernden Titel *Gutes Wendland – Schlechtes Wendland*.

In dem Stück von Autor Peter Bauhaus ist nicht nur das Wendland auf Entzug – auch die Polizei. So will eine Gruppe von Magdeburger Polizisten privaten Urlaub nehmen, um auf eigene Faust einen Castor nach Lüchow-Dannenberg zu bringen. Keine Frage: Das kampferprobte Wendland wird die Herausforderung annehmen. Schließlich gibt es noch ein paar alte Rechnungen zu begleichen. Oder ist das Castor-Event Teil einer neuen Tourismus-Strategie des Landkreises? Oder gar eine Finte, mit der der Widerstand ausgespäht werden soll? Die Protagonisten des Stücks sind jedenfalls mehrere als „wendlandtypisch“ empfundene Figuren – ein skurriles Personenkabinett, deren Wahrhaftigkeit in der Überzeichnung liegt.

Gorleben ist irgendwo will die Protagonisten einführen, das Genre definieren und Lust auf weitere Themen machen: In der Reihe Gutes Wendland - Schlechtes Wendland sollen später Produktionen zu anderen gesellschaftlichen Themen folgen. Peter Bauhaus denkt da an Bioenergie und Monokultur, die sogenannte alternative Szene, Massentierhaltung und Agrarfabriken, Schulpolitik, Vergreisung des Landkreises, Fracking, Sekten und Esoterik und viele weitere Themen.



„Wichtig ist uns“, so Bauhaus, „trotz kritischer Grundhaltung kein Agitprop-Theater zu machen. Wir wollen mit den Mitteln ironischer Brechung die verschiedenen Positionen gesellschaftlicher Auseinandersetzung nachvollziehbar machen.“ Premiere von *Gorleben ist irgendwo* wird im April im Kulturverein Platenlaase im Wendland sein. Weitere Aufführungen sollen folgen – auch als Gastspiele in anderen Häusern in Norddeutschland.

OHNE MOOS NIX LOS – INTERVIEW MIT AUTOR PETER BAUHAUS

GR: „Mit einer Theater-Serie habt ihr euch ein großes Projekt vorgenommen. Warum?“

Peter Bauhaus: „Wir wollen ausloten, inwieweit Theater einen politischen und gesellschaftlichen Prozess mitgestalten kann. Wir wollen natürlich auch inhaltlich zum Thema Stellung nehmen und Diskussionen befördern.“

GR: „Wer ist eure Zielgruppe?“

PB: „Vor allem diejenigen, die es zu schätzen wissen, wenn politisches Engagement mit Mitteln des Theaters arbeitet und auch mal mit schrägem Humor daherkommt.“

GR: „Das Stück kommt in einer Zeit der relativen Ruhe in Gorleben. Ist das Zufall oder Absicht?“

PB: „Das Thema muss weiterhin in der öffentlichen Wahrnehmung bleiben. Nach

all den Trickereien kann man den Versprechungen einer ergebnisoffenen Suche keinen Glauben mehr schenken. Für uns ist der vorläufige Verzicht auf weitere Castortransporte nur der Versuch, den Widerstand einzuschläfern.“

GR: „Kann man denn das ernste Thema Atommüll humorvoll auf die Bühne bringen?“

PB: „Man muss sogar! Oft sind die politischen Realitäten so kräftezehrend, dass man den Humor als Notbremse braucht. Es wirkt Wunder, auch mal über sich selbst zu lachen. Also: Wir im Wendland wollen unbedingt weiterprotestieren! Aber nicht, weil uns im November was fehlt, sondern weil es weiterhin allen Grund zum Protest gibt.“

GR: „Mit der neuen Theater-Serie wollt ihr auch an ungewöhnlichen Orten auftreten.“

PB: „Ja! Bisher haben wir unsere Produktionen im Wendland und bei Gast-

spielen in festen Häusern aufgeführt. Jetzt wollen wir mobile Technik und Bühnenbild-Elemente anschaffen, um auch dahin gehen zu können, wo Theater sonst nicht – oder nicht mehr – stattfindet: in Landgasthöfen, Wirtshausssäle oder Schulaulen.“

GR: „Das gesamte Projekt wird etwa 30 000 Euro kosten. Wie geht das?“

PB: „Gut 25 000 Euro können wir über andere Quellen finanzieren, aber ohne unsere neue Crowdfunding-Kampagne auf der Website von *Nordstarter* werden wir die Umsetzung nicht schaffen. Mit einer finanziellen Unterstützung kann jeder dazu beitragen, dass *Gorleben ist irgendwo* realisiert werden kann. Spenden kann man ab 10 Euro aufwärts.“

Die Internetadresse lautet: www.nordstarter.org/gwswgo.”



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel



OHNE MAMPF KEIN KAMPF

Gabi Winiatowski von der VoIXküche gehört zum Wendland wie das Wendland zu ihr. Unter dem Motto „Mit dem Kessel in den Kessel“ hat sie es schon durch viele Polizeiabsperungen geschafft, um hungrige Widerständler bei Laune zu halten. Von Anja Meyer

Der erste Castortransport war der schlimmste. Zusammen mit ihrem damals 13-jährigen Sohn erlebte Gabi 1995 kaum gekannte staatliche Härte. Polizisten verhafteten sie, ihr Kind und viele weitere Demonstranten, behandelten sie menschenunwürdig und lösten damit bei ihr ein Gefühl der Angst und Ohnmacht aus. Ohnmacht, die in Wut umschlug und Gabi in ihren Gedanken radikalisierte. Sie verstand plötzlich, warum Demonstranten gewalttätig werden.

So lernte die gebürtige Nordrhein-Westfälin Mitte der Neunzigerjahre den Landkreis Lüchow-Dannenberg kennen. Und doch wusste sie vom ersten Augenblick: „Hier will ich leben.“ Zwei Jahre später ist sie mit ihren Kindern ins Wendland umgezogen. Es ist ihre Heimat geworden

und jede Heimkehr wird seitdem von einem Glücksgefühl begleitet.

Politisch aktiv war Gabi schon vor ihrer Zeit in Lüchow-Dannenberg, als sie noch in Berlin lebte. Kaum verwunderlich also, dass sie auch im Wendland nicht davon lassen konnte.

Um nicht wieder Extremsituationen und der daraus folgenden eigenen Gewaltbereitschaft ausgesetzt zu sein, suchte sich Gabi ihre eigene Nische innerhalb des Widerstandes. Noch im Jahr ihres Umzugs gründete sie mit Freunden die VoIXküche Wendland (VoKü), eine mobile Feldküche zur Versorgung von Demonstranten an den Orten des Geschehens.

Untergebracht in Last- und Bauwagen und ausgestattet mit Öfen aus Treckerfelgen, die, um völlig unabhängig von Strom und Gas zu sein, mit Holz befeuert werden, stehen Gabi und ihre MitstreiterInnen immer da, wo Verpflegung benötigt wird. Sie kochen mit gespendeten Lebensmitteln – und es werden Unmengen gespendet: Kartoffeln und Milch, Obst und Brot, aber auch Teller, Tassen, Suppentöpfe und vieles mehr.

Gabi hat viel erlebt in den Jahren im Gorlebenwiderstand. Und sie hat Power, das wird bei den zahlreichen Anekdoten deutlich, von denen sie uns zu berichten weiß: „Ich gebe niemals Ruhe, bevor nicht eine Lösung gefunden ist. Es gibt immer einen Weg“. So hat sie sich zusammen mit ihren Freunden von der



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

VoKü schon durch Polizeisperren gekämpft und es mit dem Slogan „Ich möchte mit dem Kessel in den Kessel!“ immer wieder geschafft, den Durchhaltewillen von den von der Polizei eingekesselten Demonstranten mit warmem Essen aufrecht zu halten. Sie trägt dann ihr Schild am Pulli mit der Aufschrift „Verbaler Bluthund“. Denn reden, das kann sie. Wenn es sein muss ihren Gegner in Grund und Boden.

Nur einmal war bei Gabi die Luft raus. Da sah es fast nach Auflösung der VoIXküche aus. Doch dann brauchte das „Mampfmobil“, das für die vielen TeilnehmerInnen der Sitzblockade von x-tausendmal quer kochen sollte, die Unterstützung der alteingesessenen und gut vernetzen VoKü-Leute. Ehrensache, zu helfen, und schon standen Gabi und ihre FreundInnen wieder hinter den riesigen dampfenden Töpfen und hantierten mit armlangen Kochlöffeln und Kellen. Das Konzept machte Furore, und plötzlich kamen ganz viele Feldküchen zu den Castortransporten. An manch einer Stelle gab es gar ein Überangebot an

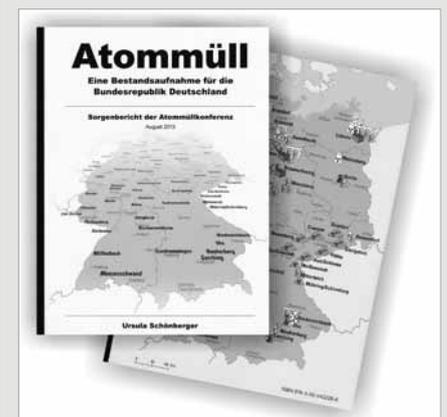
Speisen. Die VoKü-Frauen wussten das zu nutzen: Sie sammelten die Telefonnummern von allen angereisten Küchen und Gulaschkanonen und legten so die Grundlage für eine Vernetzungs- und Kommunikationsstruktur der verschiedenen Feldküchen. Seither ist es Gabi, die die sinnvolle Platzierung der angereisten wie heimischen Küchen bei den Castortransporten koordiniert. Gibt es irgendwo hungrige Demonstrantengruppen, reicht ein Anruf bei ihr, um eine ganze Küche oder „nur“ eine Therme mit Suppe loszuschicken – notfalls nachts um drei auf ein abgelegenes Stück Schiene im dunklen Wald. Heute begleitet sie Castortransporte und Anti-Atom-Demonstrationen mit dem Handy am Ohr – ständig rufbereit. Doch ihr Widerstandsdienst beginnt schon Wochen vor jedem Einsatz: Sie fährt alle potenziellen Essenspendler – Bauern wie Bäcker – persönlich ab und freut sich jedes Mal aufs Neue über die großzügigen Spenden und die gut funktionierende Vernetzung.

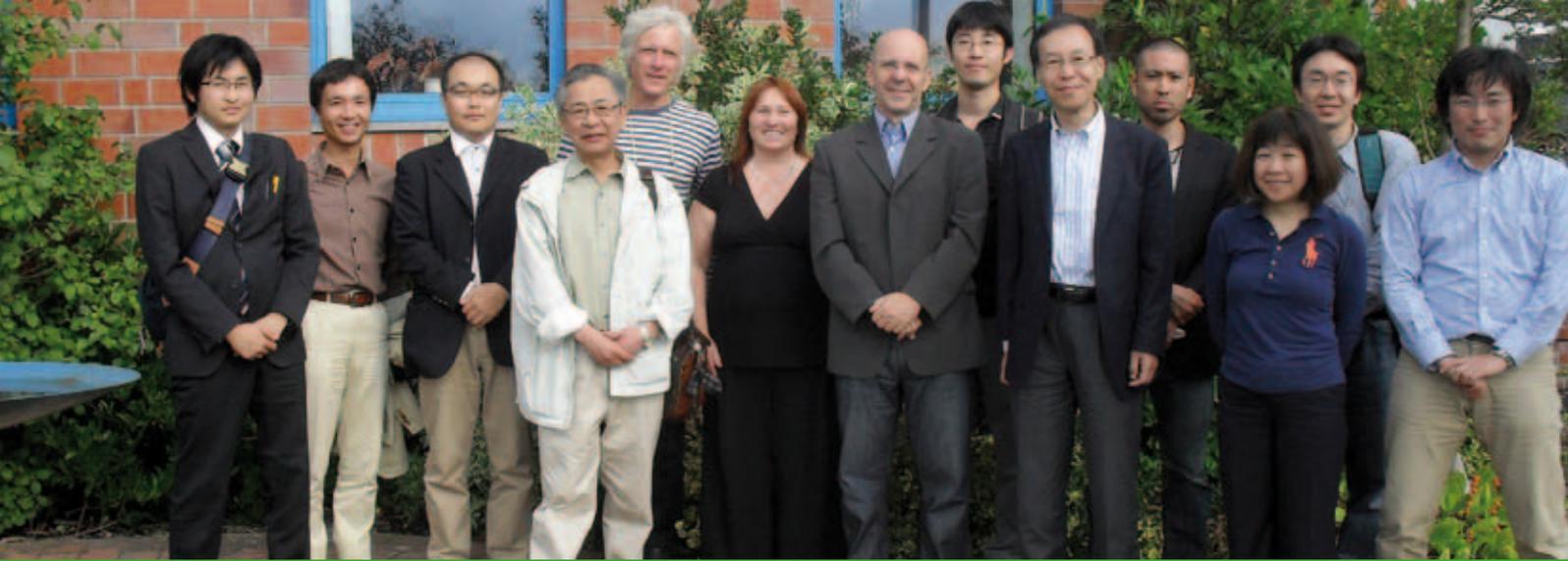
Gabi, die waschechte Wendländerin, hartnäckig und unerschrocken, ist nicht wegzudenken aus dem Widerstand. ✨

Besorgter Bericht

Anfang Oktober ist der „Sorgenbericht der Atommüllkonferenz“ erschienen, am 6. November wurde er im Wendland offiziell der Öffentlichkeit präsentiert. Auf 272 Seiten listet er alle Atommüll-Lagerorte bundesweit auf. Neben zahlreichen technischen Daten bietet die Sammlung auch eine Übersicht regionaler Anti-Atom-Gruppen. Für Menschen, die täglich mit dem Thema Anti-Atom arbeiten, ist der Sorgenbericht ein fundiertes Nachschlagewerk mit hohem Informationswert. Erschütternd wirken die Fakten, die Zeugnis sind einer verheerenden Verantwortungslosigkeit im Umgang mit Atommüll.

Der Bericht ist für 15 Euro im BI-Büro in Lüchow erhältlich oder kann per Anruf oder E-Mail bestellt werden. ✨





BLICKWEXEL

Wer die Abschaltung aller Atomanlagen weltweit fordert, kommt um eine internationale Vernetzung nicht herum: Auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung hat sich im September eine höchst internationale Gruppe im Wendland über die Geschichte Gorlebens und den dortigen Widerstand informiert (oben).

Von der Humboldt-Universität in Berlin wurde die BI angefragt, japanischen Wissenschaftlern die starke Verknüpfung von Widerstand und unternehmerisch aktiven Menschen im Bereich der erneuerbaren Energien aufzuzeigen. Die Akademiker planen ein Buch, wie Japan den Ausstieg aus der Atomkraft schaffen kann (mitte).

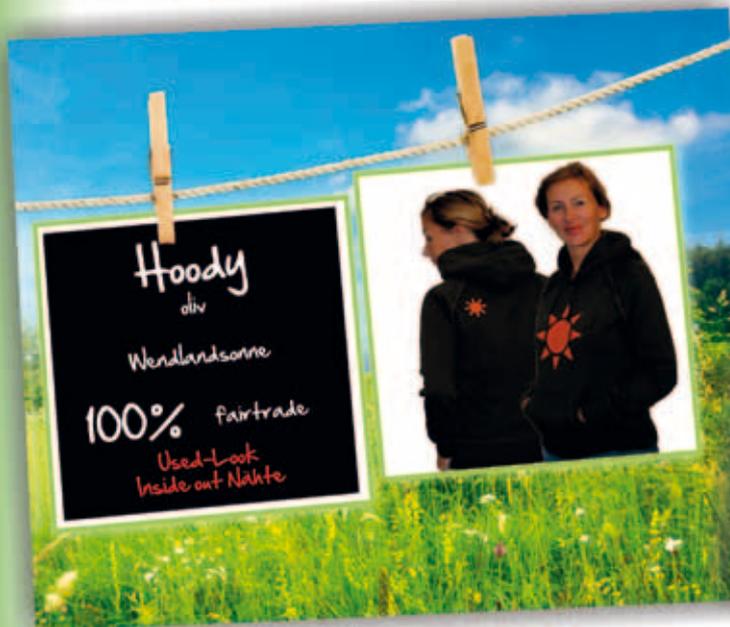
Große Umweltzerstörung, die Wut der Menschen und den Widerstand gegen indische AKW zeigte auf höchst emotionale Weise der Film „High Power“ des Regisseurs Pardeep Indulkar. Er ist derzeit auf Europareise und machte dabei auch Station beim wendländischen Widerstand (unten).

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

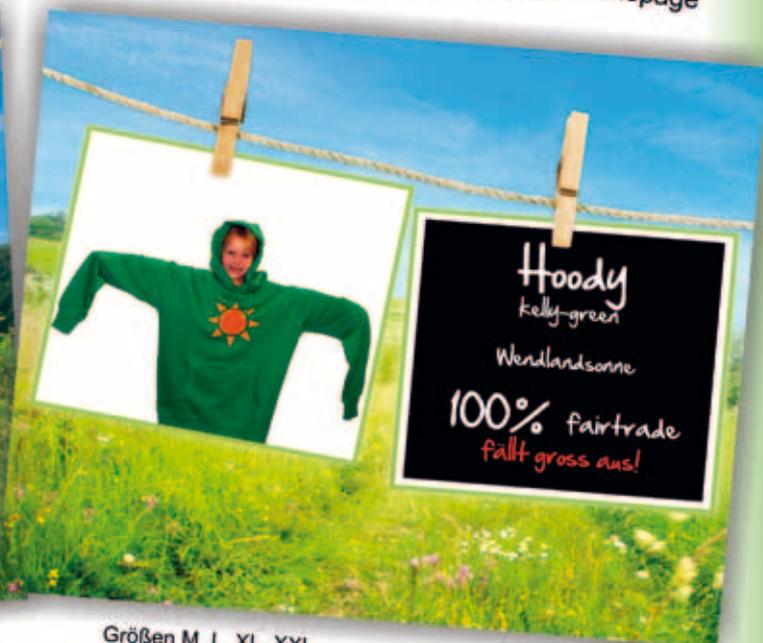
www.bi-luechow-dannenberg.de

Jetzt im BI-Büro bestellen

MEHR
gibt's auf unserer Homepage



Nur in Damengrößen XS, S, M und L
Spendenempfehlung 30,- €



Größen M, L, XL, XXL
auch hier Spendenempfehlung 30,- €



Spendenempfehlung 3,- €

Alle Artikel geben wir gern gegen Spende weg. Wir kaufen grundsätzlich gute Qualitäten ein, die nicht billig sind, und geben deshalb eine faire Spendenempfehlung.



Damengrößen S, M und L • Herregröße S, M, L und XXL
Spendenempfehlung 30,- €



Spendenkonto
Kontonummer: 0044060721
Bankleitzahl: 25850110
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de